



Wladimir Putin
Präsident von Russland

Putin, der knallharte Machtmensch

VON ANTOINE LAMBROSCHINI

Moskau – Es besteht wohl kein Zweifel daran, dass Wladimir Putin ein knallharter Machtmensch ist. Seit der Jahrtausendwende bestimmt der ehemalige KGB-Agent die Geschicke Russlands, als Präsident und zeitweise auch als Ministerpräsident.

Putins vor einigen Jahren getätigter Ausspruch, der Zusammenbruch der Sowjetunion sei die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen, hatte viele im Westen aufhorchen lassen. Erst kürzlich berichtete der 69-jährige, er habe sich nach seiner Rückkehr aus Dresden, wo er bis 1990 als Spion des sowjetischen Geheimdienstes stationiert war, als Taxifahrer in Russland ein Zubrot verdienen müssen. Wie Putin dürften zahlreiche Russen den Zusammenbruch des Kommunismus als Demütigung empfunden haben – für viele bedeutete er oft auch Armut.

Während der 1952 im damaligen Leningrad geborene Putin spätestens mit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 2000 den ganz großen Aufstieg geschafft hatte, blieb er dem Denken der einstigen Weltmacht dennoch verhaftet. Sein Versuch einer Annäherung an den Westen zu Beginn seiner Amtszeit verpuffte bald.

Die über die Jahre erfolgte Ausdehnung des westlichen Militärbündnisses Nato in die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes beunruhigen ihn nach eigener Aussage sehr. Nun fordert Putin sogar die Rücknahme der Nato-Osterweiterung und betont, mit einer möglichen Aufnahme der Ukraine wäre seine rote Linie definitiv überschritten. Beobachter sehen darin Rachegefühle, gepaart mit dem Wunsch, die Zeit zurückzudrehen. Der Ukraine als eigenständigem Land spricht der ehemalige Jura-Student Putin die Existenzberechtigung ab.

Eine Lebensweisheit habe er aus seiner Jugend mitgenommen, erzählte der Judo-Kampfer Putin 2015: „Wenn der Kampf unvermeidbar ist, muss man als Erster zuschlagen.“ Als Staatschef scheute er in der Außenpolitik denn auch nie vor militärischen Konfrontationen zurück – ob in Tschetschenien, Georgien oder später in Syrien und Libyen.

Dass er von Demokratie nichts hält, bewies Putin zur Genüge. Dem russischen Parlament entzog er zahlreiche Befugnisse, kritische Medien ließ er schließen oder auf Linie bringen. Auch mit widerspenstigen Oligarchen ging er alles andere als zimperlich um. Putin-Gegner landen regelmäßig im Gefängnis.

Bei Wahlen überlässt er nichts dem Zufall – Berichte über massive Fälschungen zugunsten Putins und seiner Partei Geeintes Russland sind bei allen Urnengängen an der Tagesordnung. Obwohl Putin bereits seit zwei Jahrzehnten an der Macht ist, sicherte er sich durch eine Verfassungsänderung die Möglichkeit, bis 2036 im Amt zu bleiben.



Im Angesicht eines drohenden Krieges: Ukrainische Soldaten absolvieren eine Militärübung.

FOTO: AFP/GENERAL STAFF OF THE UKRAINIAN ARMED FORCES

Russischer „Beistand“ im Donbass

Die Lage im Konfliktgebiet Donbass im Osten der Ukraine ist hochexplosiv, der Waffenstillstand hält

Russische Truppenpräsenz

russisch-belarussische Militärübung • Übungsgelände • Militärflugplätze

Truppenstärke



Moskau ©

RUSSLANDS RUNDERNEUERE STREITKRÄFTE

Modern, zahlenstark, kampferprobt

Russland hat in den vergangenen Jahren...

nicht mehr. Nun hat Russland die „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten anerkannt. Nicht nur Kanzler Scholz reagiert besorgt.

VON ULF MAUDER, ANDREAS STEIN, CHRISTIAN THIELE UND ANSGAR HAASE

Kiew/Moskau/Brüssel – Dramatische Zuspitzung im Ukraine-Konflikt: Der russische Präsident Wladimir Putin hat die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk im Osten des Landes als unabhängige Staaten anerkannt. Der Kremlchef unterzeichnete am Montag ein entsprechendes Dekret. Zugleich schloss er mit Vertretern der prorussischen Separatisten dort einen Vertrag über „Freundschaft und Beistand“. Damit wird eine Stationierung russischer Soldaten in den Regionen möglich. Dort wurde ist die staatliche Anerkennung durch Russland mit einem angeblich spontanen Feuerwerk gefeiert. Die USA und die EU kündigten Strafmaßnahmen an.

Der vor Jahren vereinbarte Waffenstillstand in Donezk und Luhansk hält angesichts Hunderter Verstöße nicht mehr, es bekämpfen sich dort ukrainische Regierungstruppen und Separatisten. Russland hat nach westlichen Angaben etwa 150 000 Soldaten an der Grenze zum Nachbarland zusammengezogen. Moskau widerspricht seit Wochen Befürchtungen des Westens, dass ein Einmarsch in die Ukraine bevorstehen könnte.

Die Entscheidung dürfte den Ukraine-Konflikt weiter befeuern. Die EU wird mit



Sanktionen darauf reagieren, wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel am Abend erklärten. Die Strafmaßnahmen sollten diejenigen treffen, die daran beteiligt sind, hieß es. Beide verurteilten die Entscheidung als „eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht sowie die territoriale Integrität der Ukraine“.

Auch die US-Regierung wird Sanktionen erlassen, wie die Sprecherin von US-Präsident Joe Biden, Jen Psaki, mitteilte. Die Maßnahmen träfen unter anderem Investitionen oder Handel von US-Personen mit Blick auf Donezk und Luhansk.

Putin forderte mit Blick auf die Kämpfe im Donbass die ukrainische Führung auf, sofort das Feuer in der Ukraine einzustellen. Andernfalls werde Kiew die volle Verantwortung dafür tragen, sagte er. Putin bezeichnete zudem die Ukraine als „historisches russisches Gebiet“.

Die prorussischen Separatistenführer in den beiden Regionen hatten Putin zuvor

um Beistand im Kampf gegen die ukrainischen Regierungstruppen gebeten. Nach UN-Schätzungen gibt es in dem seit acht Jahren währenden Konflikt bisher mehr als 14 000 Tote.

Putin sprach in der Fernsichtsprache – trotz fehlender Beweise – von einem Massenverbrechen am russischstämmigen Volk in der Ostukraine. „Die sogenannte zivilisierte Welt zieht es vor, den von Kiew begangenen Genozid im Donbass zu ignorieren“, sagte er. Vier Millionen Menschen seien betroffen. Die USA hatten Russland zuletzt beschuldigt, möglicherweise den Vorwurf des Völkermordes als Vorwand für eine Invasion nutzen zu wollen.

Putin warf der Nato überdies eine jahrelange Täuschung vor. Russland sei zu Sowjetzeiten bei der Wiedervereinigung Deutschlands versprochen worden, dass die Nato sich kein bisschen nach Osten ausdehne. „Sie haben uns betrogen“, sagte Putin und warf dem westlichen Bündnis vor, bereits fünf

Wellen der Ausdehnung nach Osten durchgezogen zu haben – und Russland wie einen Feind zu behandeln. Putin hatte zuletzt mehrfach vor einer Aufnahme der Ukraine in die Nato gewarnt. Auch Kanzler Olaf Scholz hatte Putin in einem Telefonat vor der Anerkennung der beiden ukrainischen Regionen gewarnt. Dies stünde „im krassen Widerspruch“ zum Minsker Abkommen von 2015 zur friedlichen Beilegung des Konflikts in der Ostukraine und wäre ein „einseitiger Bruch“ dieser Vereinbarungen, sagte Scholz nach Angaben eines Sprechers. Der Kreml dämpfte auch Hoffnungen auf ein baldiges Treffen Putins mit seinem US-Kollegen Joe Biden. „Es gibt soweit keine konkreten Pläne dazu“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow der Agentur Interfax zufolge. Laut Weißem Haus in Washington hat Biden einem Treffen „im Prinzip“ zugestimmt. Die Außenminister beider Länder wollen sich am Donnerstag in Genf treffen. Russland sei sich im Klaren

MAXIME POPOV, OLGA ROTENBERG

seiner Streitkräfte investiert. Unter Präsident Wladimir Putin hat sich die von Unterfinanzierung und Korruption geplagte ehemalige Sowjetarmee zu einer modernen, zahlenstarken und mittlerweile auch kampferprobten Truppe entwickelt. Die Streitkräfte haben nur noch wenig gemein mit der Truppe, die in den 1990er Jahren Mühe hatte, die tschetschenischen Rebellen in Schach zu halten. Rund 900 000 russische Soldaten im aktiven Dienst verfügen heute über moderne Waffen wie das Luftabwehrsystem S-400 und den Kalibr-Marschflugkörper. Neue Hyperschallraketen hatte Putin zuletzt als „unbesiegbar“ angepriesen, da sie es mit dem verhassten in Osteuropa installierten US-Raketenabwehrsystem aufnehmen können. Militärische Muskelspiele gehören mittlerweile systematisch zum Auftreten des Kremls auf internationaler Bühne. Die militärische Gefahr, die offensichtlich denjenigen droht, die russischen Interessen im Wege stehen, scheint der entscheidende Hebel Moskaus im Umgang mit dem Westen zu sein.

darüber, dass der Schritt angesichts der vom Westen angedrohten Sanktionen ernste Folgen haben werde, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew. Es gebe angesichts der Lage aber keine andere Möglichkeit, als die Gebiete anzuerkennen. Der Druck auf Russland werde beispiellos sein. Die Hoffnung sei, dass sich der Konflikt danach abkühle.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) beschrieb bei einem EU-Außenministertreffen in Brüssel die Lage im Osten der Ukraine mit düsteren Worten: „Was wir in den letzten 72 Stunden erlebt haben an Anschlägen, an gewaltsamen Auseinandersetzungen vor Ort, ist wirklich besorgniserregend.“ Zudem sei das Leben der Menschen auch deswegen hochgefährlich, weil Wasser- und Stromversorgung vielerorts zusammengebrochen seien. Dafür sei die russische Regierung verantwortlich. Sie betreibe ein verantwortungsloses Spiel mit der Zivilbevölkerung.